

Thomas Gschwend/Helmut Norpoth

"Wenn am nächsten Sonntag ...": Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen*

1. Einführung

Wahlprognosen sind eine zu ernste Sache, als daß man sie den Meinungsforschungsinstituten überlassen könnte. Sicherlich leisten sie mit ihren Umfragen vor der Wahl und den Hochrechnungen am Wahlabend einen unverzichtbaren Informationsdienst, der außerdem noch spannend ist. Zudem treffen die Vorhersagen der Institute das jeweilige Wahlergebnis, von gelegentlichen Pannen abgesehen, zumeist mit annehmbarer Genauigkeit. Was sollte man da noch mehr verlangen? Aus wissenschaftlicher Sicht mangelt es den Prognosen jedoch an der entscheidenden Stelle: Es fehlt ein dahinterstehendes Modell der Wahlentscheidung. Denn die "Vorhersagen" der Institute beruhen allein oder überwiegend auf Angaben – ob politische Stimmungen oder tatsächliche Stimmen – genau zu dem Phänomen, das es zu prognostizieren gilt. Wahlabsichten oder abgegebene Stimmen, nicht etwa Modelle des Wahlverhaltens, liefern die Prognose.

Ein halbes Jahrhundert Bundestagswahlen stellt eine Herausforderung an die Wahlforschung dar, Prognosen zur Wahl von Modellen der Wahlentscheidung abzuleiten¹. Es ist an der Zeit, den Sprung von der Diagnose zur Prognose zu wagen. Haben wir doch mittlerweile das Wählerverhalten der Deutschen in der Bundesrepublik genügend studiert, um zu wissen, was die Wähler im Innersten zu ihren Entscheidungen treibt, was konstant geblieben ist und was sich verändert hat, welche Theorien sich bestätigt haben und welche widerlegt worden sind. Oder sind wir, was unser Verständnis von Wahlen und Wählern anbelangt, so klug wie zu-

* Eine vorläufige Fassung dieses Beitrags wurde auf der Expertentagung "50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland" am Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln vorgetragen. Für Anregungen danken wir Oscar Gabriel, Max Kaase, Oliver Quiring, Ulrich Rosar, Dieter Roth, Winfried Schulz und Nynke Zimmermann. Den Anstoß zu diesem Projekt gab die Herausforderung, im Wahlkampf 1998 vor einem äußerst verständigen und kritischen Publikum eine Prognose zu erstellen. Als Anerkennung widmen wir diesen Beitrag der Abiturklasse '99 der BMV-Schule in Essen unter Albert-Leo Norpoth.

¹ Eine sehr lesbare Einführung zu diesem Thema bieten Lewis-Beck und Rice (1992). Die jüngste Übersicht über die verschiedenen Ansätze im Bereich der Wahlprognostik in den USA findet sich bei Campbell und Garand (2000).

vor? Hat die Diagnose bereits entschiedener Wahlen irgendeinen Prognosewert für zukünftige Wahlen?

Der Schritt von der Analyse zur Vorhersage ist nicht einfach die Verlängerung bestehender Trends. Eher ist er ein Sprung in ein Gewässer ungewisser Tiefe und Beschaffenheit. Nicht wenigen kommt beim Thema Vorhersage eher Wahrsagerei als Prognose in den Sinn. Wir wollen im folgenden jedoch zeigen, daß Wahlprognosen und Wahrsagerei zwei verschiedene Welten sind. Wer das Ergebnis von Wahlen vorhersagen möchte, kann getrost die Kristallkugel wieder in den Schrank legen.

Der folgende Beitrag ist unseres Wissens der erste Versuch, deutsche Wahlen mit einem Modell der Wahlentscheidung vorherzusagen. Dabei handelt es sich nicht um eine Ansammlung von zufällig passenden Variablen, sondern um ein theoretisch fundiertes Modell, das sich auf anerkannte Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten beruft. Kurz umrissen betrachtet unser Modell die Wahlentscheidung hauptsächlich als eine kurzfristige Nutzenkalkulation, die in langfristige Bindungen eingebettet und einer mittelfristigen Wechseldynamik unterworfen ist. Die Ergebnisse vorheriger Bundestagswahlen, die Dauer der Regierung als Indikator für regierungsprozeßimmanente Erosionstendenzen und die Regierungszustimmung in Meinungsumfragen liefern die notwendigen Daten, um die Parameter des Modells zu schätzen. Simulationen bestätigen dem Modell eine hohe Prognosequalität. Das Modell macht es möglich, den Ausgang der nächsten Bundestagswahl, 2002, vorherzusagen; der genaue Prognosewert hängt allerdings von Daten ab, die erst einige Monate vor der Wahl bekannt sein werden.

2. Die Aufgabe

Wer sich zur Aufgabe stellt, Wahlen vorherzusagen, muß sich zunächst überlegen, was genau vorhergesagt werden soll. Der Gewinner der Wahl? Der Stimmenanteil des Gewinners? Die Stimmenanteile aller zur Wahl antretenden Parteien? Die Stimmenanteile der regierenden Parteien? In einem Vielparteiensystem, wie es die Bundesrepublik kennt, kann das Wahlergebnis allein die Frage nach dem Gewinner im Sinne der für die Regierungsbildung erforderlichen Stimmenmehrheit in der Regel nicht beantworten. Nur einmal ist es einer Partei – genau genommen, einer Partei-Allianz – gelungen, die absolute Mehrheit an Stimmen zu gewinnen (CDU/CSU 1957). Wer in Deutschland die Wahl gewinnt oder verliert, das hängt nicht so sehr von den Stimmen der Wähler als von den Entscheidungen der Parteien im Hinblick auf Regierungskoalitionen ab. Unter diesen Umständen empfiehlt es sich für die Bundesrepublik nicht, die Prognose auf Gewinner und Verlierer der Wahl auszurichten.

Statt dessen wäre es sinnvoll, gesonderte Prognosen für die Stimmenanteile der einzelnen Parteien, abgesehen vielleicht von Splitterparteien, zu liefern. Genau das bieten Meinungsforschungsinstitute mit Stichprobenumfragen vor der Wahl und auch univariate Prognosemodelle, die allein auf den Ergebnissen bisheriger Wahlen beruhen. In beiden Fällen erweist sich die Qualität der Prognose daran, daß sie die jeweiligen Stimmenanteile der einzelnen Parteien bei der Wahl so genau wie möglich trifft, was Umfragen zweifellos besser gelingt als univariaten Prognosemodellen. Auf diesen Wettkampf können sich jedoch auch multivariate Prognosemodelle bislang noch nicht einlassen. Denn die Wahlforschung tut sich schwer mit der Ergründung von Wahlentscheidungen zwischen mehr als zwei Parteien. Es gibt unseres Wissens kein theoretisch fundiertes und empirisch überprüftes Modell des Wählerverhaltens, das mit hinreichender Präzision bestimmt, für welche der fünf im Bundestag vertretenen Parteien ein Wähler zu stimmen gedenkt. Auch der vorliegende Beitrag kann diese Lücke nicht schließen.

Was er jedoch anvisiert, ist die Prognose des politisch relevanten Ergebnisses einer Bundestagswahl: des kombinierten Stimmenanteils der regierenden Parteien. Vielparteiensystem und Verhältniswahlrecht haben nicht verhindert, daß die Parteien in der Bundesrepublik tragfähige Muster von Koalitionsregierungen geschaffen haben. Politik in Bonn (oder jetzt in Berlin) ist Koalitionspolitik. Der Wahlprozeß und der Regierungsprozeß in der Bundesrepublik sind durch eine simple Regel miteinander verzahnt: Eine Regierungskoalition, deren Parteien bei einer Wahl zusammengenommen die Mehrheit der Stimmen erhalten, regiert weiter; eine Regierungskoalition, der das nicht gelingt, wird in der bestehenden Konfiguration, wenn überhaupt, nicht im Amt bleiben. Wenngleich es Ausnahmen dazu gibt, ist dies doch eine Regel, die auch für die Wahlforschung einen wertvollen Wegweiser liefert. Sie verwandelt die Wahlentscheidung zwischen beliebig vielen Parteien in eine Wahl für oder gegen die Inhaber der Regierungsgewalt. Sie zerschneidet das Geknäuel des Vielparteiensystems in zwei handliche Hälften. Der nächste Abschnitt unseres Beitrags liefert die theoretische Begründung dieses Schnitts.

3. Zur theoretischen Fundierung

Praktisch gesprochen, konzentrieren wir uns auf den Stimmenanteil der vor der Wahl an der Regierung beteiligten Parteien. Das sind die Parteien, die von der Wählerschaft eine Erneuerung ihres gemeinsamen Regierungsmandates verlangen. Parteien, die im Laufe einer Legislaturperiode ihren Platz auf der Regierungsbank verloren haben, zählen nicht dazu, was zumeist die FDP betrifft. Bis auf zwei Wahlen konnten wir den Anteil der Regierungsparteien ohne große Mühe ermitteln. Die Wahl 1969 machte uns jedoch Kopferbrechen. Technisch gesehen, gingen CDU/CSU und SPD als Partner der Großen Koalition in den Wahlkampf, aber

schon am Wahlabend fiel diese Koalition der Wende zum Opfer. Zudem sprengt sie mit ihrem überwältigenden Stimmenanteil (88.8 Prozent) den Rahmen der Analyse. Dem kann man nur mit spezieller Behandlung für Einzelfälle gerecht werden, oder indem man ganz auf diesen Fall verzichtet. Da dies nicht wünschenswert erschien, haben wir uns entschlossen, allein den Stimmenanteil der CDU/CSU für die Wahl 1969 zu berücksichtigen. Sie war die dominante Partei in der amtierenden Regierung. Von Beginn der Legislaturperiode an war sie an der Regierung beteiligt und stellte den Kanzler (erst Erhard, dann Kiesinger). Zudem bewegt sich die Größenordnung ihres Wähleranteils im Rahmen der normalen Schwankungen ihrer Wahlergebnisse. Beim Test des Prognosemodells werden wir sehen, ob diese Entscheidung sich, zumindest empirisch, bewährt hat.

Der andere Fall, in dem wir die Frage nach den Regierungsparteien nicht so einfach beantworten können, ist die Wahl 1983. Technisch gesehen, ging diesmal eine Koalition aus CDU/CSU und FDP in den Wahlkampf, aber der eigentliche Amtsinhaber war die sozial-liberale Koalition unter Kanzler Helmut Schmidt, der dem konstruktiven Mißtrauensvotum kurz zuvor zum Opfer gefallen war. Da zudem der bisherige Partner der SPD eine neue Koalition mit der CDU/CSU gebildet hatte, berücksichtigen wir für die Wahl von 1983 nur den Stimmenanteil der SPD. Wie im Falle von 1969 werden wir auch hier beim Modelltest besonders prüfen, ob diese Entscheidung Probleme aufwirft.

Über den Zeitraum von fast 50 Jahren bewegt sich der Wähleranteil der deutschen Regierungsparteien insgesamt auf eine nicht sonderlich Aufmerksamkeit erregende Weise. Weder ist ein Trend zu erkennen noch ein regelmäßiger Zyklus. Die Stimmen bewegen sich auf und ab, aber erreichen nur mäßige Gipfel und Täler. Dieser Sachverhalt, so alltäglich er erscheinen mag, hat jedoch enorme statistische wie politische Bedeutung. Statistisch gesehen, folgen Wahlen dem Muster eines *stationären Prozesses*. Die Fluktuation bewegt sich um einen festen Mittelwert innerhalb fester Grenzen. Im Schnitt erzielt die Regierungskoalition 50.4 Prozent der Stimmen bei einer Standardabweichung von 5.6 Punkten.

Das ist nicht nur statistisch sehr zu begrüßen. Es hat auch eine klare politische Aussagekraft. Da Regierungskoalitionen nur auf einen Schnitt von knapp 50 Prozent an Stimmen rechnen können, sind Regierungswechsel geradezu zwangsläufig zu erwarten. Regierungsparteien können sich der Wählergunst nur für eine begrenzte Anzahl von Wahlen erfreuen. Seit Beginn der Bundesrepublik haben Regierungskoalitionen viermal in 13 Wahlen ihre Wählermehrheit verloren und vermochten sie ein fünftes Mal (1976) nur haarscharf zu behaupten. Das ist ein Kennzeichen starken politischen Wettbewerbs bei Bundestagswahlen. Auf langfristigen Machterhalt kann man in der Bundesrepublik nicht setzen.

Diese Aussage bedarf jedoch der Qualifizierung; sie steht zudem im Widerspruch, so scheint es, zu Auffassungen, die einer der Verfasser an anderer Stelle geäußert hat (Norpoth 1998). Trifft es nicht zu, daß gewisse Parteien die Regierungsmacht über eine recht lange Zeit hinweg kontrollieren? Die CDU/CSU war 20 Jahre lang ununterbrochen Regierungspartei, von 1949 bis 1969. Bei längerfri-

stiger Betrachtung (1871-1998) erweist sich die Stimmenentwicklung der einzelnen Parteien jedoch als nicht sonderlich stationär. Aber entscheidender ist, wie so oft, daß das Ganze nicht die Summe seiner Teile ist.

Wenn wir den Blick von der Einzelpartei-Perspektive auf Regierungskoalitionen richten, ergibt sich ein völlig anderes Bild, denn hier besitzt der Wahlprozeß in der Tat stationäre Eigenschaften. Koalitionen gewinnen Regierungsmacht und verlieren sie in recht häufiger Folge, im Schnitt nach drei Legislaturperioden. Zugegeben, bei Verlust der Wählermehrheit kommt nur selten eine völlig neue Koalition an die Macht. Auch das ist ein Charakteristikum deutscher Politik. Erst bei der letzten Bundestagswahl gab es zum ersten Mal einen direkten Machtwechsel, nachdem die Regierungskoalition die Wählergunst verloren hatte.

Der vorliegende Beitrag hat sich die Aufgabe gestellt, ein multivariates Prognosemodell zu entwerfen, das die Unterstützung für die amtierende Regierungskoalition bei einer Bundestagswahl mit hoher Genauigkeit vorherbestimmt. Es gilt, den Stimmenanteil der regierenden Parteien insgesamt zu treffen, nicht den separaten Anteil der jeweiligen Parteien. Zunächst benötigen wir dafür ein Erklärungsmodell des Wählerverhaltens im Aggregat. Was steuert die in Tabelle 1 aufgeführte Wählerunterstützung für die Regierungskoalition an? Was verheißt den amtierenden Parteien Wahlsieg, und was droht ihnen die Niederlage? Wir brauchen Theorie und Daten – besser noch Theorie und Daten, die sich miteinander verständigen und vertragen. Das ist notwendig, aber nicht hinreichend für die Prognose.

Tabelle 1: Die Regierungsparteien und ihre Stimmenanteile bei Bundestagswahlen, 1949-1998

Bundestagswahl	Regierungsparteien vor der Wahl	Stimmenanteil (in Prozent)
1949	– ^a	–
1953	✓ CDU/CSU, FDP, DP	58.0
1957	CDU/CSU, DP	53.6
1961	CDU/CSU	45.3
1965	✓ CDU/CSU, FDP	57.1
1969	CDU/CSU ^b	46.1
1972	SPD, FDP	54.2
1976	SPD, FDP	50.5
1980	SPD, FDP	53.5
1983	SPD ^c	38.2
1987	CDU/CSU, FDP	53.4
1990	CDU/CSU, FDP	54.9 ^d
1994	CDU/CSU, FDP	49.8 ^d
1998	CDU/CSU, FDP	44.0 ^d

a Es bestand keine Bundesregierung vor dieser Wahl.

b Dominante Regierungspartei in der Großen Koalition, die nach der Wahl sofort zerbrach.

c Alleinige Regierungspartei beim konstruktiven Mißtrauensvotum, das dieser Wahl vorausging.

d Anteil der Regierungsparteien in der alten Bundesrepublik.

Denn ein theoretisch sinnvolles und empirisch gesichertes Modell für vergangene Wahlen liefert keine Garantien für die Zukunft. Ein Modell kann letztlich nur seine Prognosequalität beweisen, indem es *ex ante* noch nicht stattgefundene Ereignisse genau vorhersagt. Ohne die Zauberkugel der Wahrsager ist uns der Zugang zu diesem Beweis verschlossen. Was wir statt dessen unternehmen können, ist ein simulierter Prognosetest. Er besteht darin, *Als-ob*-Prognosen für eine jede der vergangenen Wahlen zu erstellen, wobei natürlich die betreffende Wahl bei der statistischen Berechnung des Modells jeweils ausgeschlossen werden muß. Der Vergleich von Prognosen dieser Art läßt zumindest ansatzweise erkennen, ob das Modell zur Prognose taugt.

4. Die Parameter

Es mag vermessen erscheinen, überhaupt den Versuch zu wagen, ein generelles Modell des Wählerverhaltens zu entwerfen, das sowohl theoretischen als auch praktischen Ansprüchen gerecht wird. Ist die Literatur zum Thema Wahlen nicht zu weitläufig und widerspruchsvoll, um einem solchen Unternehmen Erfolg zu versprechen? Eine solche Skepsis ist verständlich. Dies ist nicht der Ort, diese vielfältige Literatur zu begutachten. Allerdings enthebt uns das nicht der Aufgabe, die Parameter des Prognosemodells in die Hauptströmungen der Wahlforschung einzubetten.

Der Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist, daß die Wahlentscheidung von drei Komponenten bestimmt wird: einer langfristigen, einer kurzfristigen und einer mittelfristigen. Immerhin sind das Kategorien, die umfassend sind und sich gegenseitig ausschließen. Die Unterscheidung zwischen lang- und kurzfristigen Kräften der Wahlentscheidung ist zudem wohlbekannt, während mittelfristige Kräfte weniger Aufmerksamkeit gefunden haben.

Die Bedeutung von langfristigen Faktoren für die Entscheidung am Wahltag wird kaum bestritten. Die Pionierstudie der Wahlforschung, *The People's Choice* (Lazarsfeld et al. 1944), hat dazu den Beweis erbracht, wie auch auf andere Weise der Klassiker der Michigan-Schule, *The American Voter* (Campbell et al. 1960). Zu einem großen Teil bestimmend für die Entscheidung bei Bundestagswahlen sind für viele Wähler langfristig bestehende, stabile Beziehungen zu Parteien. Aus der Verteilung dieser Parteibindungen kann man den theoretischen Ausgang einer Wahl unter normalen Umständen ("Normalwahl") ermitteln (Converse 1966; Falter und Rattinger 1983).

Streitpunkt in der Forschung ist jedoch zum einen die Frage, ob diese Bindungen eher durch soziale Prozesse und Konflikte zu erklären sind oder durch psychologische Einstellungen (Pappi 1990; Lipset und Rokkan 1967; Norpoth 1978; Eith 1997: 36-37; Bürklin und Klein 1998). Daneben gibt es einen andauern-

den Disput darüber, wie stabil und unabhängig von Tagesstimmungen die Parteiidentifikationen der Wähler tatsächlich sind (MacKuen et al. 1989). Dieser breit ausgetragene Streit in der amerikanischen Wahlforschung bestätigt natürlich nur die lang gehegte Skepsis deutscher Wahlforscher gegenüber dem Konzept der Parteiidentifikation.

Wie auch immer der Streit ausgeht und ungeachtet dessen, ob man die Wahlentscheidung aus psychologischer oder soziologischer Sicht deutet: Es ist nicht zu bestreiten, daß die Parteien zum Zeitpunkt einer Wahl auf einen langfristigen Rückhalt rechnen können. Diese Parteienstärke in der Wählerschaft ergibt sich aus Prozessen, die mit den Umständen der jeweils anstehenden Wahl nichts zu tun haben. Das heißt nicht, daß wir diesen Parteienrückhalt als unveränderbar betrachten. Aber wie groß auch die Spuren sein mögen, die die politische Entwicklung hinterläßt, Stabilität statt Veränderung kennzeichnet die langfristige Komponente der Wahlentscheidung.

Während zumindest theoretisch den meisten klar ist, worum es sich bei der "langfristigen Komponente" handelt, gibt das Stichwort "kurzfristige Komponente" eher Rätsel auf. Die Definition, daß alles, was nicht langfristig ist, kurzfristig ist, hilft uns nicht viel weiter, zumal wir auch eine mittelfristige Komponente in das Modell einbeziehen wollen. Wir gehen von der Prämisse aus, daß der Kernpunkt aller kurzfristigen Elemente bei einer Wahl die Bewertung der amtierenden Regierung ist. Dies ist eine nahezu zur Unkenntlichkeit abgeschwächte Variante des Rational-Choice-Ansatzes (Downs 1957), der sich ja im Widerspruch zu den dominanten Schulen der empirischen Wahlforschung (Columbia und Michigan) etabliert hat (Fuchs und Kühnel 1994). Aus der Rational-Choice-Sicht ist die Wahlentscheidung eine Frage der individuellen Nutzenmaximierung. Ich stimme für Partei A statt für Partei B, falls der zu erwartende Nutzen in Gestalt von politischer Leistung beim Sieg von A den von B übertrifft. Dies ist jedoch leichter gesagt als getan.

Empirische Tests haben sich dieser Hypothese nur in stark abgewandelter Form bemächtigt, ohne Downs (1957) jedoch sehr Unrecht zu tun. Denn Downs selbst räumt ein, daß die Nutzenschätzung bei der Regierungspartei wesentlich leichter fällt als bei der Oppositionspartei. So hat Kramer (1971: 134) die Nutzentheorie folgendermaßen formuliert: "If the performance of the incumbent party is 'satisfactory' [...], the voter votes to retain the incumbent governing party [...]; while if the government's performance is not 'satisfactory', the voter votes against the incumbent [...]." Oder wie es V.O. Key (1964: 568) sagte: Eine Wahl ist eine Art jüngstes Gericht, in dem die Wählerschaft als "rational god of vengeance and reward" mit den Gewählten abrechnet (ungeachtet dessen, daß V.O. Key diesen Ausspruch auf einen Wahltyp münzte, in dem der Wählerschaft diese Rolle versagt blieb). Aus der Sicht von Key und Kramer betrifft das Wahlkalkül (a) die amtierende Partei und nicht die Opposition, (b) Leistung anstatt politischer Programme (*policy*) und (c) die jüngste Vergangenheit anstatt der Zukunft. Unter dem Titel "Retrospective Voting" hat Fiorina (1981) diesen Ansatz für U.S.-Präsidentenwahlen präzisiert und weiterentwickelt.

Unsere Auffassung der kurzfristigen Komponente bei Bundestagswahlen ist dieser Denkweise verpflichtet. Wie Key, Kramer, Fiorina und gelegentlich selbst Downs betrachten wir die Bewertung der amtierenden Regierung als den zentralen Faktor, der den Wahlausgang kurzfristig bestimmt. Bei den Koalitionsverhältnissen, wie sie in der Bundesrepublik bestehen, verlangt die Parteiengrammatik natürlich den Plural. Es sind amtierende Parteien, die vor dem Wählergericht stehen. Welche Komplikationen auch immer der Sprung vom Zwei- zum Vielparteiensystem aufwerfen mag, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden. Bei den recht stabilen Koalitionsmustern in der Bundesrepublik halten wir diese Einschränkung jedoch für vertretbar.

Die in diesem Abschnitt skizzierte Verbindung von langfristiger und kurzfristiger Komponente in einem Modell der Wahlentscheidung, so werden manche jedoch einwenden, ist zu schön, um wahr zu sein. Werden doch hier rivalisierende Schulen der Wahlforschung geradezu zwangsvereinigt. Im Prinzip betrachten sowohl die Columbia- als auch die Michigan-Schule den Wähler als nicht sonderlich begütert im Umgang mit Politik, während umgekehrt die Rational-Choice-Schule den Einfluß von sozialen Zwängen und unreflektierten Eindrücken während der politischen Sozialisation als irrational ablehnt (zumindest in ihrer puristischsten Form). Beide Auffassungen können nicht gleichzeitig stimmen, zumindest nicht beim selben Wähler. Natürlich ist es denkbar, daß die eine Auffassung für einen Teil der Wählerschaft zutrifft (Stammwähler), während die andere für den Rest zutrifft (Wechselwähler). Darin steckt wohl ein Kern von Wahrheit, aber auch dieser Ausweg ist zu bequem. Das Nebeneinander und Gegeneinander von langfristigen und kurzfristigen Orientierungen kennzeichnet sicherlich eine Vielzahl von Wählern.

Dieser Koexistenz eine gewisse Logik gegeben zu haben, verdanken wir wiederum Fiorina (1981). Seine Theorie des "Retrospective Voting" macht erhebliche Abstriche an den Rational-Choice-Postulaten. Von Wählern wird allenfalls verlangt, daß sie in der Lage sind, politisch relevante Leistungen zu beurteilen (*retrospective evaluations*). Darüber wird man kaum streiten können. Andererseits wird die Rolle der langfristigen Parteibindung (Parteiidentifikation) zurechtgestutzt. Auch eine solche Bindung muß, wenngleich nur langsam, die veränderte Lage der Politik berücksichtigen. So gesehen, verwandelt sich die langfristige Parteibindung in eine "running tally of retrospective evaluations" (Fiorina 1981: Kapitel 5). Diese Umdeutung mag die Unterscheidung zwischen langfristiger und kurzfristiger Komponente der Wahlentscheidung etwas verwischen, aber das ist der Preis für die Vereinigung einander widerstreitender Postulate in einem Modell. Wir sind bereit, ihn zu zahlen.

Was noch zu tun bleibt, ist die Erörterung der "mittelfristigen" Komponente. Worum handelt es sich dabei, und auf welche Theorie der Wahl bezieht sie sich? Die bekannten Schulen der Wahlforschung haben dazu wenig zu sagen. Das mag daran liegen, daß sie sich hauptsächlich mit *Wählern* befassen, nicht mit *Wahlen*. Falls das spitzfindig klingt, sagen wir es deutlicher. Im Mittelpunkt der empiri-

schen Wahlforschung steht die individuelle Wahlentscheidung, nicht der Wahlausgang insgesamt. Wenn wir jedoch die Wahl zum Objekt unserer Betrachtung machen, dann können wir, ja müssen wir sogar eine weitere Dimension in die Untersuchung von Wählerverhalten einführen. Sie betrifft die im Zeitablauf auftretende Dynamik von Wahlen. Das ist die mittelfristige Komponente. Es ist keine Frage, daß ein Modell der Wahlentscheidung insgesamt, wie es hier zum Zweck der Prognose anvisiert wird, von der Berücksichtigung einer solchen Dynamik nur profitieren kann. Darauf zu verzichten, bedeutet nicht nur, daß das Modell selbst fehlspezifiziert ist, sondern auch, daß die Prognose irrt.

Nach welchem Muster die Wahldynamik verlaufen mag, dazu gibt es einige theoretische Hinweise wie auch empirische Befunde. Eine These besagt, daß Regierungsverantwortung die Parteien Stimmen kostet: "It does cost votes to rule", wie es Paldam (1991: 19) prägnant sagte². Die Tendenz ist, daß amtierende Parteien von Wahl zu Wahl Stimmen eher verlieren als gewinnen. Solange dies nicht schon nach einer Amtsperiode zum Verlust der Macht führt, dürfte diese Tendenz die Parteien nicht vom Streben nach der Macht abhalten. Der Spruch von Keynes ("In the long run, we are all dead") muß für die Politik in Demokratien abgewandelt werden: Regierungen sind schon mittelfristig tot. Im Schlußkapitel des *American Voter* (Campbell et al. 1960: 554) findet man die Beobachtung: "A majority party, once it is in office, will not continue to accrue electoral strength; it may preserve for a time its electoral majority, but the next marked change in the party vote will issue from a negative response of the electorate ...".

In der Tat verliert die amtierende Partei in den USA die Präsidentschaft im Schnitt nach etwa zwei bis drei Amtszeiten, auch wenn sie sich bei der ersten Wiederwahl in der Regel verbessert (Norpoth 1998). Was deutsche Verhältnisse angeht, so ist die "Abnutzung der Regierungsparteien" in der Weimarer Republik sehr klar gesehen und beklagt worden (Kaack 1971: 124-128). Das war zu jener Zeit keine Frage der Analyse, sondern eine Frage des Überlebens. Ob Wahlen in der Bundesrepublik einen Abnutzungseffekt aufweisen, bleibt zu ermitteln. Statt Alpträume zu verursachen, wäre dieser Effekt heutzutage als Prognosefaktor sehr willkommen.

Fassen wir zusammen: Unser Prognosemodell für Bundestagswahlen besteht aus drei Komponenten. Da ist (1) der langfristige Wählerrückhalt der Regierungsparteien, (2) die kurzfristige Bewertung der Leistung der amtierenden Regierung und (3) die mittelfristige Dynamik der Regierungsunterstützung über mehrere Wahlen hinweg. Wie auch immer man über Sinn oder Unsinn dieses Modellentwurfs denken mag, der Härtestest steht noch aus. Zunächst gilt es, empirische Meßwerte für die Konzepte des Modells zu finden.

2 Paldam (1991) notiert allerdings die Bundesrepublik als eine Ausnahme von dieser Regel. Dies mag daran liegen, daß nur acht Bundestagswahlen (1957-1983) untersucht wurden. Wenn die weiteren Bundestagswahlen mit einbezogen werden, dann entspricht die Bundesrepublik mit einem Schätzwert von -1.7 der Regel. Paldam bezifferte den durchschnittlichen Verlust von Regierungen auf -1.6 (Paldam 1991: 19).

5. Die Variablen

Bei der Messung von wahlrelevanten Variablen über einen Zeitraum von 50 Jahren kommt man nicht umhin, praktisch zu verfahren. Umfragen liefern selten identische oder gar vergleichbare Instrumente, sofern sie zu bestimmten Wahlen überhaupt vorhanden sind. Bei der Messung der langfristigen Komponente haben wir ganz auf Umfragen verzichtet und statt dessen tatsächliche Ergebnisse vergangener Wahlen herangezogen (Tuftte 1978). Es ist nicht zu bestreiten, daß der langfristige Wählerückhalt einer Partei sich im Durchschnitt des Stimmenanteils der betreffenden Partei über einige Wahlen manifestiert. Für die noch relativ junge Bundesrepublik erschien es uns ratsam, den Zeitrahmen eher enger zu fassen und uns auf nur einige zurückliegende Wahlen zu beschränken. So definieren wir den langfristigen Rückhalt einer Partei in der deutschen Wählerschaft wie folgt:

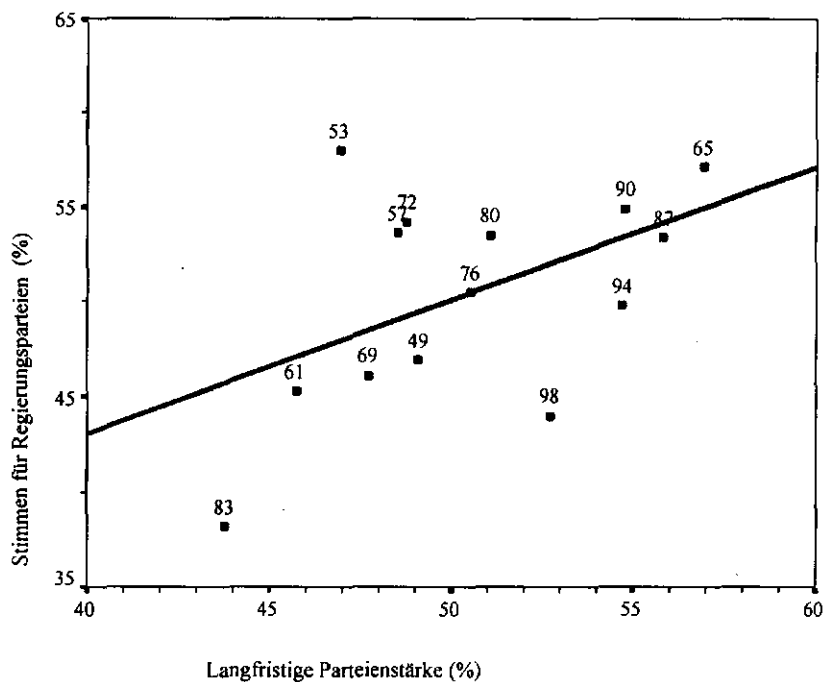
Langfristiger Wählerückhalt = Gleitendes Mittel der Ergebnisse der letzten drei Bundestagswahlen.

Die so geschaffene Variable hat den unbestreitbaren Vorteil, daß sie zur Zielvariable in einem eindeutig exogenen Verhältnis steht. Was gestern, vorgestern und vorgestern passiert ist, hat Auswirkung auf das, was morgen passiert. Die umgekehrte Kausalwirkung existiert nicht. Ein zweiter Vorteil ist, daß beide Variablen dieselbe Skala haben, nämlich Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Diese Entsprechung gilt nicht ohne weiteres für Umfragedaten, wo man mit fehlenden Daten, Unentschiedenheit der Befragten und ungewisser Wahlbeteiligung rechnen muß. Hinzu kommt, daß uns die Beschränkung auf drei zurückliegende Wahlen erlaubt, sowohl Fiorinas Konzept der Parteibindung als "running tally" Rechnung zu tragen als auch sozialstrukturelle Veränderungen in der Wahlbevölkerung zu berücksichtigen.

Allerdings kommen wir nicht umhin, für die frühen Bundestagswahlen eine Sonderregelung zu treffen. Bei den ersten drei Wahlen fehlen uns definitionsmäßig die nötigen Angaben. Hinzu kommen massive Verschiebungen im deutschen Parteiensystem, die sich nachhaltig auf die Parteienbindungen der Wählerschaft in den 50er Jahren auswirkten, falls dergleichen damals überhaupt existierte. Um diesen Wandlungsprozeß zu erfassen, beruht unsere Schätzung der langfristigen Komponente für die Wahlen 1953 und 1957 nur auf der unmittelbar zurückliegenden Wahl. So ungerne wir dies im Jubiläumsjahr 1999 tun, müssen wir leider auf die Wahl 1949 verzichten, abgesehen von ihrem Wert als Basis für 1953³.

3 Man könnte natürlich die Landtagswahlen 1946/47 heranziehen, um für 1949 eine langfristige Basis zu schaffen. Aber dies hilft nicht bei den anderen Komponenten des Modells, so daß es letztlich für die erste Bundestagswahl im Modell keinen Platz gibt.

Schaubild 1: Parteienstärke und Regierungswahl



Die Beziehung zwischen langfristiger Parteienstärke und Regierungsstimmen bei Bundestagswahlen ist linear und recht ausgeprägt, wie man in Schaubild 1 sehen kann. Es überrascht nicht, daß die Wahl 1953 mehr als andere aus dem Rahmen fällt. Bei der zweiten Wahl in einem neuen Regierungssystem ist nicht zu erwarten, daß alteingesessene Einstellungen viel bewirken. Hier müssen die anderen Komponenten des Modells besonders zum Tragen kommen. Das trifft natürlich allgemein auch für die anderen Wahlen zu. Im großen und ganzen steuert der langfristige Parteienrückhalt die Stimmenabgabe bei einer jeweiligen Wahl aber nicht so stark ($r = .50$), daß wir es bei der langfristigen Komponente bewenden lassen können.

Die kurzfristige Komponente der Wahlentscheidung, wie oben dargelegt, betrifft die Leistungsbewertung der amtierenden Regierung. Das ist keine reine Frage der wirtschaftlichen Konjunktur, obwohl wir diesen Punkt für die Leistungsbilanz einer Regierung durchaus anerkennen. Die deutsche Wahlforschung hat den Einfluß wirtschaftlicher Bedingungen auf das Wählerverhalten ausführlich untersucht (Rattinger 1983, 1991), und Aggregatmodelle von Wahlen im Zeitablauf kommen ohne den Zustand der Wirtschaft nicht aus (Tufté 1978; Lewis-Beck und Rice 1992). Im Verlauf dieser Untersuchung werden wir noch auf die Rolle dieses Fak-

tors neben anderen, wie beispielsweise der Außenpolitik, zurückkommen. An dieser Stelle sei jedoch gesagt, daß wir es nicht für angemessen halten, politische Leistung mit wirtschaftlicher Leistung gleichzusetzen. Was wir brauchen, ist ein umfassendes, auf keinen besonderen Bereich beschränktes Meßinstrument der Regierungsbewertung in der öffentlichen Meinung.

Diverse Erhebungen liefern dazu eine Reihe von Fragen, mit deren Hilfe wir in der Lage waren, ein vergleichbares Meßinstrument zu zimmern. Überwiegend stammen diese Angaben aus den deutschen Wahlstudien und stützen sich von der Wahl 1972 an durchgehend auf die Frage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen nach dem gewünschten Bundeskanzler. Für die frühen Wahlen 1953 und 1957 allerdings, wie auch wegen der besonderen Umstände der Wahl 1983, greifen wir auf die Frage nach der Zustimmung zur Regierungspolitik des Bundeskanzlers zurück ("Sind Sie mit der Politik von Kanzler [Name] einverstanden?")⁴. Soweit wie möglich benutzen wir den Mittelwert der Kanzlerunterstützung in Erhebungen ein bis zwei Monate vor dem Wahltag⁵.

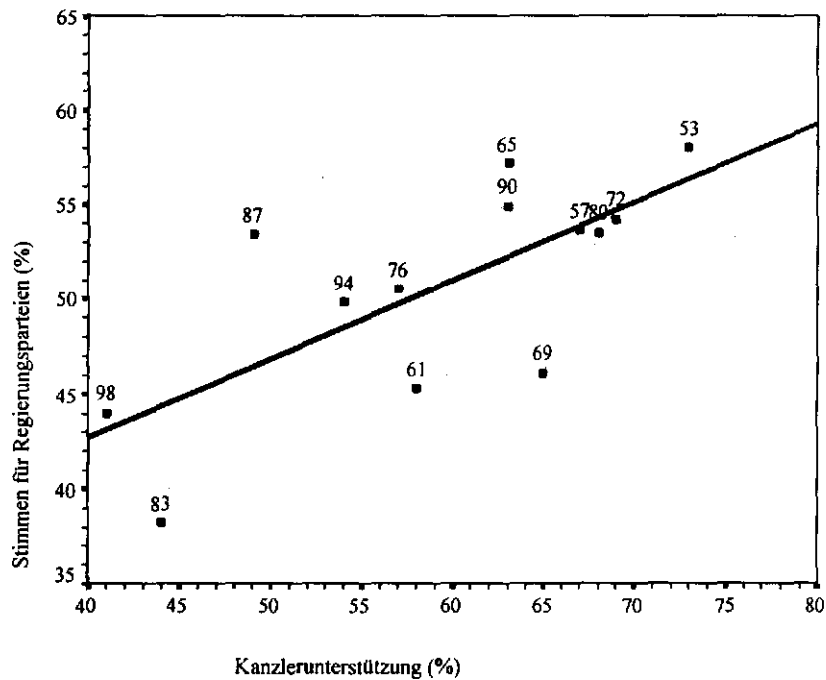
In der Kanzlerdemokratie der Bundesrepublik steht der Bundeskanzler als die sichtbarste Figur der jeweiligen Bundesregierung im Brennpunkt der Öffentlichkeit. Sein öffentliches Ansehen spiegelt das Ansehen der von ihm geführten Regierung wider. Auch wenn bei der Einschätzung eines Bundeskanzlers rein persönliche Gesichtspunkte mitspielen mögen, so überwiegen doch ohne Zweifel politische Erwägungen. Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Regierungspolitik hebt das Ansehen des amtierenden Kanzlers, und Unzufriedenheit senkt es. Daß diese Überlegungen parteipolitischen Einflüssen unterliegen, streiten wir nicht ab. Die Präsenz der langfristigen Partei-Variable im Modell wird diesen Einfluß konstant halten.

Rein bivariat gesprochen, wie man in Schaubild 2 sehen kann, prägt die Kanzlerunterstützung das Ergebnis am Wahltag recht klar. Keine Wahl fällt merklich aus dem Rahmen, und die Wahl 1953 paßt diesmal gut in das lineare Muster. Allerdings stimmt die Rechnung insgesamt nicht perfekt ($r = .71$). Das ist gut und schlecht. Schlecht ist es, weil man sich natürlich eher hohe als niedrige Werte für die Kausalfaktoren wünscht. Die gute Seite ist jedoch, daß Kanzlerunterstützung und Stimmabgabe nicht so stark korrelieren, daß man sie als ein und dasselbe betrachten muß. Dieser Befund räumt die Skepsis aus, daß wir hier nur eine Tautologie produzieren. Die Meinung der deutschen Wählerschaft zum amtierenden Regierungschef schöpft allenfalls die Hälfte der zu erklärenden Varianz im Wahlverhalten aus. Es bleibt genug Spielraum für langfristige wie auch mittelfristige Faktoren.

4 Monatliche Angaben zu dieser Frage, erhoben vom Institut für Demoskopie Allensbach im Zeitraum von 1950 bis 1983, sind verfügbar vom Zentralarchiv.

5 Zur Konstruktion dieser Variable für die Wahlen 1961 bis 1976 siehe Norpoth (1977: Fußnote 34). Da im gesamten Zeitraum der Analyse (1953-1988) der Anteil der Unentschlossenen/Meinungslosen stark variiert, haben wir die Kanzlerunterstützung unter Ausschluß dieser Befragten prozentuiert. Dadurch wirken in dieser Analyse alle Kanzler populärer als sie es waren. Da dieser Effekt allen hilft, verzerrt er die Analyse nicht.

Schaubild 2: Kanzlerunterstützung und Regierungswahl



Mittelfristig gesehen, postuliert unser Prognosemodell einen Abnutzungsprozeß, der den amtierenden Parteien Stimmenverluste prophezeit. Theoretisch sollte man eine solche Dynamik wohl mit nicht-linearen Prozessen erfassen, aber als ersten Schritt in diesem Bereich haben wir es mit einer einfachen linearen Beziehung versucht⁶. Wir messen den Abnutzungseffekt mit der Anzahl von Amtsperioden, die eine Regierung am Wahltag aufweist. Die mittelfristige Hypothese besagt, daß der Stimmenanteil der regierenden Parteien mit der Anzahl der Amtsperioden abnimmt.

6 Wir erachten dieses Vorgehen als angebracht, da es, modelltheoretisch gesprochen, sparsamer ist, als einen nicht-linearen Zusammenhang zu unterstellen. Dies ist zudem ein "Muß" angesichts der geringen Fallzahl. Außerdem weicht dieser Zusammenhang theoretisch, zumindest im Rahmen der letzten drei Legislaturperioden, d.h. über den Zeitraum, den wir dafür theoretisch unterstellen, nicht sehr weit von einem linearen Prozeß ab.

Schaubild 3: Amtsperioden und Regierungswahl

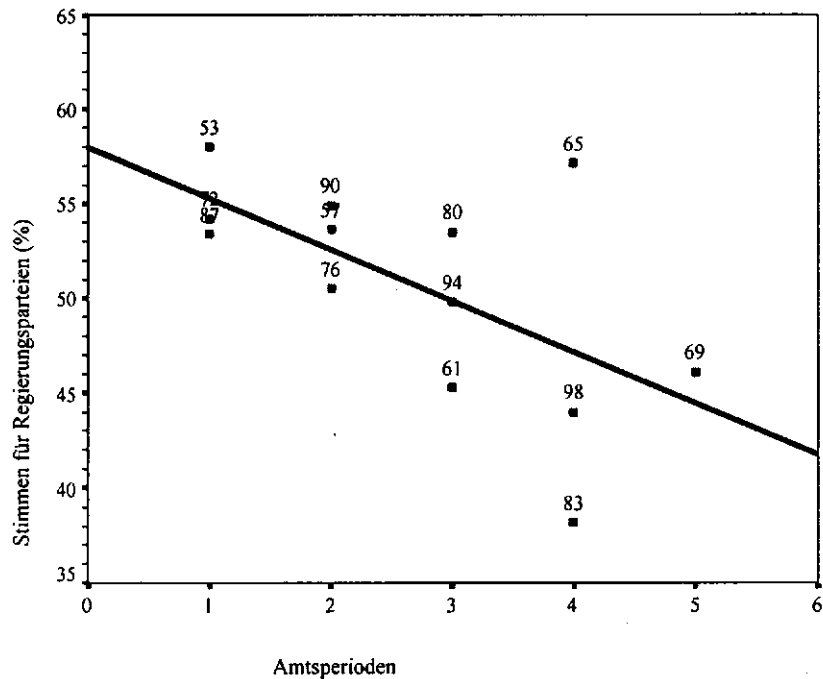


Schaubild 3 scheint diese Hypothese durchaus ($r = -.62$) zu bestätigen⁷. Es ist jedoch zu fragen, was dieser Befund beweist. Technisch gesehen, kann eine Koalitionsregierung von einer Wahl zur anderen einfach dadurch an Stimmen verlieren, daß Koalitionspartner aus der Regierung ausscheiden. Sicherlich war in den 50er Jahren hauptsächlich Koalitionspolitik dieser Art anstelle von Wählerreaktionen für Stimmenverluste von Bundesregierungen verantwortlich. Das Ausscheiden von GB/BHE und FDP zwischen 1953 und 1957 mußte die Stimmen für eine Regierung reduzieren, der sie nicht mehr angehörten. Während der letzten 30 Jahre ist jedoch klar zu sehen, daß auch bei konstanter Partnerschaft der Wählerrückhalt von Regierungsparteien mit der Zeit abbröckelt. Das trifft sowohl für die sozial-liberale Koalition unter Brandt und Schmidt zu als auch für die christlich-liberale Koalition

7 Der aufmerksame Leser wird bemerkt haben, daß Schaubild 3 keine Angabe zum Stimmenanteil bei der Amtsübernahme (Wahl 0) enthält. Wir beschränken uns auf den Abnutzungsprozeß, der mit der ersten Wiederwahl einsetzt. Das ist der erste Zeitpunkt, zu dem eine amtierende Regierung in der Analyse erscheint. Die Wahl davor ist ein Fall, der noch der ausscheidenden Regierung gehört.

unter Kohl. Wenn nicht interner Koalitionszwist den Wähleranhang für eine Regierung reduziert, dann ist es zunehmende Wählermüdigkeit.

Dies wirft allerdings eine weitere Frage auf: Ist es sinnvoll, diesen mittelfristigen Abnutzungsprozeß vom kurzfristigen Prozeß der Regierungsbewertung zu unterscheiden? Mit anderen Worten: Sollte man nicht vermuten, daß der Stimmenanteil der amtierenden Regierung gerade deshalb sinkt, weil das Ansehen dieser Regierung, d.h. des Regierungschefs, in den Augen der Bevölkerung abnimmt? Falls das stimmt, wäre der mittelfristige Effekt demnach ein Scheinphänomen. In der Tat korreliert die Kanzlerunterstützung mit der Anzahl der Amtsperioden ($r = -.34$). Es bleibt zu ermitteln, ob diese Beziehung so weit geht, daß sie den Einfluß der mittelfristigen Komponente auf das Wahlverhalten ausschaltet. Dies kann nur mit einer multivariaten Analyse beantwortet werden, was im folgenden Abschnitt geschieht.

6. Die Diagnose

Tabelle 2 liefert die statistische Diagnose des multivariaten Prognosemodells. Insgesamt gesehen, besitzt dieses Modell eine überwältigende Erklärungskraft für Wählerverhalten in der Bundesrepublik; nur knapp 6 Prozent der Stimmvarianz in Bundestagswahlen von 1953 bis 1998 bleiben unerklärt. Jede der drei Komponenten der Wahlentscheidung beweist ihre Aussagekraft, und zwar sowohl mit dem richtigen Vorzeichen als auch mit unanfechtbarer Signifikanz. Das ist bei der kleinen Fallzahl fast ein Wunder. Befürchtungen, daß sich einige Beziehungen bei der multivariaten Diagnose als Scheinphänomene herausstellen würden, haben sich nicht bestätigt. Weder trifft zu, daß die langfristige Parteienstärke die kurzfristige Meinung zur jeweiligen Regierung (Kanzlerunterstützung) in einem solchen Maß prägt, daß letztere um ihren eigenständigen Einfluß gebracht wird, noch reduziert sich der mittelfristige Abnutzungsprozeß (Effekt von Amtsperiode) auf die Summe dieser kurzfristigen Bewertungen⁸.

Es spricht für die Güte des Modells, daß die kurzfristige Komponente, gemessen am Verhältnis von Parameterschätzwert und Standardfehler, die höchste Signifikanz aufweist. Fluktuationen der Wahlentscheidung im Zeitverlauf – und darum geht es hier – sind in erster Linie auf das Konto kurzfristiger, von Wahl zu Wahl höchst unterschiedlicher Bedingungen zu buchen. Allerdings bedarf es des Ein-

⁸ Diese Analyse, daran sei noch einmal erinnert, geht davon aus, daß bei der Wahl 1983 die sozial-liberale Koalition unter Schmidt und nicht die neue Regierung unter Kohl zur Wählerbeurteilung anstand. Diese Annahme können wir auch empirisch bestätigen. Wenn wir die christlich-liberale Koalition für die Wahl 1983 eingeben, sinkt die Erklärungskraft unseres Modells von 94 auf 92 Prozent.

Tabelle 2: Test des multivariaten Prognosemodells für Bundestagswahlen, 1953-1998

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: Stimmenanteil der Regierungsparteien	
	Parameter ^{a)}	(SF)
Langfristige Parteienstärke	0.76***	(.10)
Kanzlerunterstützung	0.39***	(.05)
Abnützungsprozess	-1.50***	(.35)
Konstante	-6.55	(6.61)
\bar{R}^2	0.936	
SER	1.46	
(N)	(13)	
Durbin-Watson d	1.76	

*** p<.001

a) Unstandardisierte Regressionskoeffizienten (b).

schluss von langfristigen und mittelfristigen Komponenten, um eine annähernd vollständige Rechnung für Bundestagswahlen aufzumachen.

Dennoch verbleibt ein gewisses Unbehagen. Wir würden es selbst hegen, kämen diese Befunde von anderer Seite als von uns. Nur drei Erklärungsvariablen, und ein halbes Jahrhundert Bundestagswahlen löst sich in empirisches Wohlgefallen auf? Und diese Lösung kann sich zudem noch auf die dominanten Schulen der Wahlforschung berufen! Zu schön, um wahr zu sein. Wer wird das schon glauben? Wo steckt der Haken? Bei einer Fallzahl von gerade 13 Beobachtungen ist sicherlich Vorsicht geboten. Da kann man wahrscheinlich mit Daten zu Wetter, Sport, Mode oder dergleichen ähnliche Erfolge erzielen, wenn man nur lange und eifrig genug sucht. So ist Beobachtern aufgefallen, daß der SPD-Anteil bei Bundestagswahlen fast auf den Punkt genau mit der Rohstahlproduktion (in Millionen Tonnen) übereinstimmt (Frankfurter Rundschau, 25.7.1998: 28). Mit der Zeit reimt sich vieles zusammen, ob es Hand und Fuß hat oder nicht. Wie können wir Sinn von Unsinn unterscheiden?

Sicherlich spricht theoretische Plausibilität für das hier vorgestellte Modell der Wahl. Dazu haben wir bereits unsere Argumente geliefert, die wir hier nicht wiederholen wollen. Davon abgesehen bleibt jedoch zu prüfen, wie robust der empirische Beleg ist. Steht und fällt er möglicherweise mit einem einzigen Fall? Bei gerade 13 Fällen ist dieser Verdacht nicht abwegig. Das wäre der sprichwörtliche Faden, der das ganze Modell zu Fall brächte, würde man an ihm ziehen. Ein Blick zurück auf die bivariaten Schaubilder (1 bis 3) dürfte diese Sorge jedoch eher zerstreuen als nähren. Kein Einzelfall sprengt den Rahmen, die Beobachtungen sind entlang beider Koordinaten recht gleichmäßig verteilt, und die Streuung um

die Regressionsgerade ist recht konstant. Dies besagt natürlich nichts Endgültiges für das multivariate Modell.

Was zu tun bleibt, ist ein Härte-test unter folgender Bedingung: Je eine der 13 Wahlen wird beiseite gelassen, und das Modell wird mit den jeweils verbleibenden Bundestagswahlen neu berechnet. Sollte es zutreffen, daß ein Einzelfall das Ergebnis sehr stark bestimmt, dann wird bei Ausschluß dieses Falls die Güte des Modells leiden. Wie man aus Tabelle 3 ersehen kann, schafft unser Modell diesen Test mühelos. Die Güte des Modells übersteigt 90 Prozent in allen Testläufen bis auf einen, bei dem sie diese Grenze nur knapp verfehlt. Unser Modell verdankt somit seinen empirischen Erfolg nicht einem Einzelfall. Im Gegenteil, die Modellgüte steigt mit dem Ausschluß von gewissen "Problemfällen", die man ohne viel Widerspruch beiseite lassen könnte (1953). Beschränken wir uns auf die Wahlen von 1957 an, dann können wir mit unserem Modell den Ausgang von Bundestagswahlen im Schnitt sogar bis auf 1.0 Prozent treffen.

Tabelle 3: Test des Prognosemodells unter Auslassung jeweils einer Wahl

Nicht berücksichtigte Wahl	\bar{R}^2
1953	.956
1957	.933
1961	.930
1965	.960
1969	.938
1972	.940
1976	.934
1980	.933
1983	.890
1987	.933
1990	.939
1994	.943
1998	.928

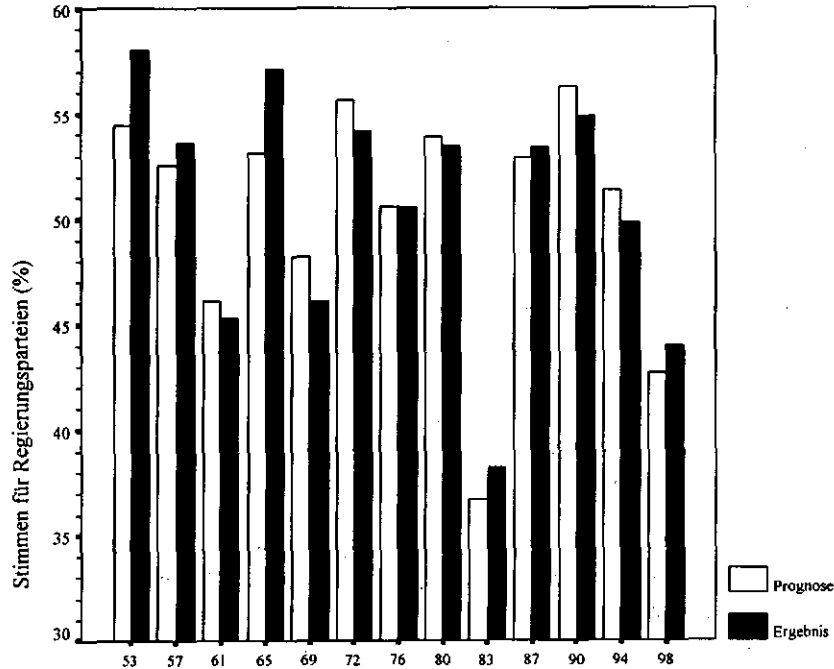
Neben der Robustheitsprüfung hat der Wiederholungstest mit Ausschluß je einer Wahl noch einen zweiten Sinn: Er erlaubt, für die betreffenden Wahlen "Als-ob"-Prognosen zu liefern. Natürlich haben jene Wahlen alle längst stattgefunden, und das Ergebnis einer jeden ist bekannt. Aber da der Wiederholungstest die jeweilige Wahl nicht berücksichtigt, ist ihr Ergebnis in den Augen des Modells so unbekannt wie die Wahl 2002 oder 2006. Das läßt sich leicht am Beispiel der letzten Bundestagswahl demonstrieren. Nehmen wir an, es ist Sommer 1998, und das vorliegende Modell wird dazu benutzt, eine Prognose zu erstellen. Zu diesem Zweck bedient es sich der Daten von 1953 bis 1994 und ermittelt die Modellparameter. Diese Parameterschätzungen zusammen mit den im Sommer 1998 verfügbaren Angaben zu

langfristiger Parteienstärke, Kanzlerunterstützung und Amtsperiode sind allesamt bekannte Größen zu dem Zeitpunkt vor der Wahl, an dem die Prognose abgegeben wird, und liefern sodann eine echte ex-ante-Prognose der Wahl. Das hätte der CDU/CSU-FDP Koalition damals einen Anteil von 42.7 Prozent versprochen. Das Ergebnis war 44.0 Prozent (alte Länder). Zugegeben, wir haben diese Prognose damals nicht abgegeben, sondern das Modell ist uns erst nach der Wahl eingefallen. Aber vorstellen kann man es sich durchaus, so verfahren zu haben.

Auf diese Weise kann man "out-of-sample"-Prognosen auch für jede andere Bundestagswahl erstellen. Wir räumen ein, daß das für eine Wahl am Anfang der Zeitreihe (1953) oder auch irgendwo zwischendurch nicht so leicht vorzustellen ist wie im Falle der letzten Wahl. Und wen interessieren schon Prognosen über die Vergangenheit? Aber der Sinn ist der, daß wir von diesen "Prognosen" lernen können, wie gut unser Modell "unbekannte" Fälle behandelt. Auf diese Treffsicherheit wollen wir uns verlassen, wenn der unbekannte Fall demnächst die Wahl 2002 ist.

Die so errechneten Modellprognosen treffen die tatsächlichen Wahlergebnisse mit hoher Genauigkeit, wie man in Schaubild 4 sehen kann. Abgesehen von der

Schaubild 4: Prognosen und Wahlen



notorisch problematischen Wahl 1953 gibt es nur eine andere Wahl, bei der die Prognose das Ergebnis mit deutlich mehr als zwei Prozentpunkten verfehlt (1965). Insgesamt weicht das Ergebnis der Prognosen bei Bundestagswahlen (1953-1998) im Schnitt nur um 1.51 Prozentpunkte ab. Unsere beste Prognose? Eine Wahl mit einem ganz knappen Ergebnis - 1976. Das Modell verspricht der amtierenden SPD/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Schmidt einen Anteil von 50.62 Prozent. Sie erreicht 50.50 Prozent. Wie immer die Prozente genau aussehen mögen, am Ende irrt keine der Prognosen über Sieg oder Niederlage einer amtierenden Regierung, auch wenn der Sieg 1994 in der Prognose deutlicher ausfällt als im Endergebnis.

Die Treffsicherheit des multivariaten Prognosemodells wird Skeptiker nicht davon abbringen, das Fehlen von wichtigen Determinanten des Wahlverhaltens anzuprangern. Beschränken wir uns hier auf solche, die nicht nur häufig genannt, sondern auch im Zeitraum der Analyse meßbar sind. Eine drängt sich geradezu auf: die wirtschaftliche Konjunktur. Wir sind mit der Literatur gut vertraut und haben diese Spur mit großer Anstrengung und Hoffnung verfolgt (Rattinger 1983, 1991; Feld und Kirchgässner 1998; Norpoth und Goergen 1990; Norpoth et al. 1991). Drei Indikatoren wirtschaftlicher Leistung haben wir besonders untersucht: Wachstum (gemessen an der jährlichen Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts), Arbeitslosigkeit (die jährliche Arbeitslosenquote) und Preise (die jährliche Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten).

Um schnell das Ende einer langen Geschichte zu erzählen: Diese Variablen helfen uns bei der Wahlprognose nicht. Ein reines Wirtschaftsmodell besitzt nur eine schwache Erklärungskraft für Bundestagswahlen und würde sich nur für ganz grobe Prognosen eignen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob wir den Stand der wirtschaftlichen Indikatoren im Jahr vor der Wahl benutzen oder Veränderungen von einem Jahr zum anderen oder gar Veränderungen seit der letzten Wahl. Die Konjunktur allein entscheidet den Wahlausgang nicht maßgeblich genug. Darüber hinaus haben wir geprüft, was die Aufnahme von Wirtschaftsvariablen in das vorliegende Prognosemodell bewirkt. Das Ergebnis ist negativ. Im Wettbewerb mit den bereits erprobten Variablen gehen wirtschaftliche Faktoren, was statistische Signifikanz anbelangt, leer aus. Die Berücksichtigung von ökonomischen Variablen im Prognosemodell macht sich also nicht bezahlt.

Ungeachtet dieses Befundes wollen wir jedoch festhalten, daß die Wirtschaftslage ohne Zweifel einen langen Schatten auf Wahlen wirft. Dieser Einfluß mag sich nicht direkt in unserem Modell manifestieren, aber es ist zu vermuten, daß er sich indirekt über die kurzfristige Komponente des Modells auswirkt. Die Konjunktur dürfte die Bewertung der Regierungspolitik in der Wählerschaft prägen. Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der amtierenden Regierung mißt in gewissem Maße die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage, auch wenn der Konjunktur kein Alleinanspruch in diesem Bereich gebührt. Es ist nicht Aufgabe dieses Beitrags, eine umfassende Erklärung der Regierungspopularität zu liefern, aber neben der Wirtschaft verdient zumindest ein zweiter Faktor unsere Aufmerksamkeit. In

den ersten fünfzig Jahren der Bundesrepublik standen außenpolitische Themen oft im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Sie haben einigen Wahlen nachhaltig ihren Stempel aufgedrückt: erst Westverträge, NATO und Bundeswehr, dann Berliner Mauer und Ostpolitik, später Nachrüstung und schließlich die (Wieder-)Vereinigung. Wer möchte bestreiten, daß Erfolg und Versagen bei der Lösung dieser Probleme zur Popularität von Bundesregierungen etwas beigetragen haben?

Die folgende Analyse konzentriert sich auf Außenpolitik und Wirtschaft als Bestimmungsfaktoren der kurzfristigen Komponente der Wahlentscheidung. Was die Messung von "Außenpolitik" anbelangt, so kategorisieren wir Bundestagswahlen entsprechend dem üblichen Geschichtsverständnis, je nachdem, ob ein außenpolitisches Thema bei einer Wahl eine zentrale Rolle spielte oder nicht und ob dies für die Regierungsparteien positiv oder negativ war⁹. Für den Bereich Wirtschaft verlassen wir uns auf die Arbeitslosigkeit als alleinigen Indikator, was ein negatives Vorzeichen für den Effekt dieses Faktors erwarten läßt¹⁰.

Unsere Erwartungen werden bestätigt, wie Tabelle 4 nachweist. Gemessen an der Arbeitslosigkeit, beeinflußt die Wirtschaftslage die Kanzlerunterstützung auf

Tabelle 4: Wirtschaft, Außenpolitik und Kanzlerunterstützung bei Bundestagswahlen, 1953-1998

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: Kanzlerunterstützung	
	Parameter ^{a)}	(SF)
<i>Wirtschaft</i>	-1.77**	(.51)
<i>Außenpolitik</i>	10.04**	(3.09)
<i>Konstante</i>	66.19***	(3.16)
\bar{R}^2	.595	
SER	6.33	
(N)	(13)	
Durbin-Watson d	2.28	

** p<.01 *** p<.001

a) Unstandardisierte Regressionskoeffizienten (b).

- 9 Die außenpolitische Verkodung der Bundestagswahlen benutzt folgendes Schema: (1) Außenpolitik wichtig und positiv; (-1) Außenpolitik wichtig und negativ; (0) Außenpolitik nicht wichtig oder wichtig, aber unklar, ob positiv oder negativ. Kategorie (1) umfaßt die Wahlen 1953, 1957, 1972 und 1990, Kategorie (2) die Wahl 1961 und Kategorie (0) die restlichen Wahlen.
- 10 Die beiden anderen Indikatoren, Bruttoinlandsprodukt (Veränderung zu konstanten Preisen) und Inflation (Anstieg der Lebenshaltungskosten) korrelieren entweder zu stark mit der Arbeitslosigkeit oder haben keinen eigenständigen Einfluß auf die Regierungsbewertung.

signifikante Weise: je höher die Arbeitslosigkeit, desto niedriger die Zustimmung zum amtierenden Kanzler. Daneben gebührt auch der Außenpolitik eine beachtliche Rolle. Wahlen mit stark außenpolitischer Thematisierung, verglichen mit Wahlen ohne eine solche Betonung, verschieben die Kanzlerunterstützung um etwa 10 Prozentpunkte. Adenauer profitierte davon in den Wahlen der 50er Jahre, Brandt 1972 und Kohl 1990, aber Adenauer erfuhr auch den gegenteiligen Effekt 1961. Insgesamt vermögen Wirtschaft und Außenpolitik das Auf und Ab der Kanzlerbewertung zu einem guten Teil, der mehr als die Hälfte ausmacht, zu bestimmen. Und mittels dieses Einflusses auf einen wesentlichen Bestimmungsfaktor der Wahlentscheidung hinterlassen Wirtschaft und Außenpolitik auch indirekte Spuren im Wahlverhalten. Ein solcher Befund hat durchaus seinen Wert für eine umfassende Analyse des Wahlverhaltens, auch wenn er für Prognosen keinen statistischen Mehrwert erbringt.

7. Die Prognose

Für Prognoseverfahren jeder Art zählt letztlich nur ein Test. Wie gut wird heute vorausgesagt, was morgen oder später geschieht? Es ist hilfreich zu wissen, wie gut man gestern mit vorgestern bestimmen kann, aber das ist allenfalls eine Generalprobe. Die Bewährung vor dem Publikum steht noch aus. Unser Prognosemodell erlebt seine Premiere bei der ersten Wahl im neuen Millennium. Welche Prognose liefert es für diese Bundestagswahl? Die Gleichung, mit der wir die Vorhersage berechnen, ergibt sich aus der in Tabelle 2 berichteten Diagnose des deutschen Wahlverhaltens in 13 Bundestagswahlen (1953-1998):

$$STIM = -6.55 + .76(PAR) + .39(KAN) - 1.50(AMT) \quad SER = 1.46$$

- STIM: Stimmenanteil der Regierungsparteien vor der Wahl (in Prozent)
 PAR: Langfristige Parteienstärke der Regierungsparteien (in Prozent)
 KAN: Kanzlerunterstützung (in Prozent, unter Ausschluß von Unentschlossenen)
 AMT: Amtsperiode der Regierung (Anzahl)
 SER: Standardfehler der Residuen.

Diese Schätzgleichung, daran ist zu erinnern, bezieht sich auf die Bundesrepublik unter Ausschluß der neuen Länder. Um den Rahmen der Analyse konstant zu halten, haben wir bei den Ergebnissen seit 1990 nur die alten Länder berücksichtigt. Sicherlich könnten wir eine Prognose 2002 für die alte Bundesrepublik erstellen, aber wen interessiert das schon besonders? Mittlerweile sollte eine Prognose die ganze Bundesrepublik betreffen. Der Versuch, die neuen Länder separat zu behandeln, verbietet sich wegen der unzureichenden Anzahl von Wahlen ($N = 3$).

Die von uns gewählte Lösung ist einfach und praktisch, aber nicht ohne Risiko. Wie bei der Vereinigung übertragen wir das in der (alten) Bundesrepublik erprobte Modell auf die neuen Länder. Geht das ohne Probleme? Sicherlich nicht. Insbesondere ist zu bezweifeln, ob sich für die Wähler in Ostdeutschland das Verhältnis zwischen langfristigen Bindungen und kurzfristigen Orientierungen genauso darstellt wie für die westdeutschen Wähler (Rattinger 1994; Falter und Rattinger 1997). Ist der Unterschied gravierend? Wir hoffen nicht. Wäre der Anteil der Wähler in Ostdeutschland größer als 1/5 des deutschen Elektors, könnten wir uns diese Zuversicht nicht so leicht leisten.

Aber auch ohne diese Komplikation müssen wir damit rechnen, daß unsere Prognosen zukünftige Ergebnisse nicht genau treffen werden. Die statistische Berechnung von Prognosemodellen weist unvermeidbare Fehler auf. Allerdings können wir einerseits sehr froh sein, daß der Standardfehler der Residuen (SER) in unserem Fall nur eine kleine (1.46) und rein zufällige Rolle spielt. Wie klein auch immer, dieser Standardfehler führt andererseits zwangsweise zu Irrtümern in der Prognose¹¹. Um es philosophisch auszudrücken: Wir verfehlen ein zukünftiges Ergebnis, weil unser Verständnis dieses Phänomens in der Vergangenheit unvollständig ist (und immer bleiben wird). Es stellt sich die Frage, wie groß die Fehlerspanne ist, mit der man zu rechnen hat. Die Antwort hängt neben dem Standardfehler von der Sicherheit ab, mit der man die Prognose abgeben will. Wer 95-prozentige Sicherheit verlangt, muß mit einer Fehlerspanne von +/-3.3 Prozent bei der Prognose für 2002 rechnen. Wer mit weniger Sicherheit zufrieden ist, kann diese Fehlerspanne auf +/-2.0 Prozent (bei 80-prozentiger Sicherheit) oder gar +/-1.6 Prozent (bei 70-prozentiger Sicherheit) reduzieren, wobei uns weder die Statistik noch die Prognose die Entscheidung vorschreiben. Die Bezifferung des Vorhersagefehlers ist aber nicht unser einziges Problem.

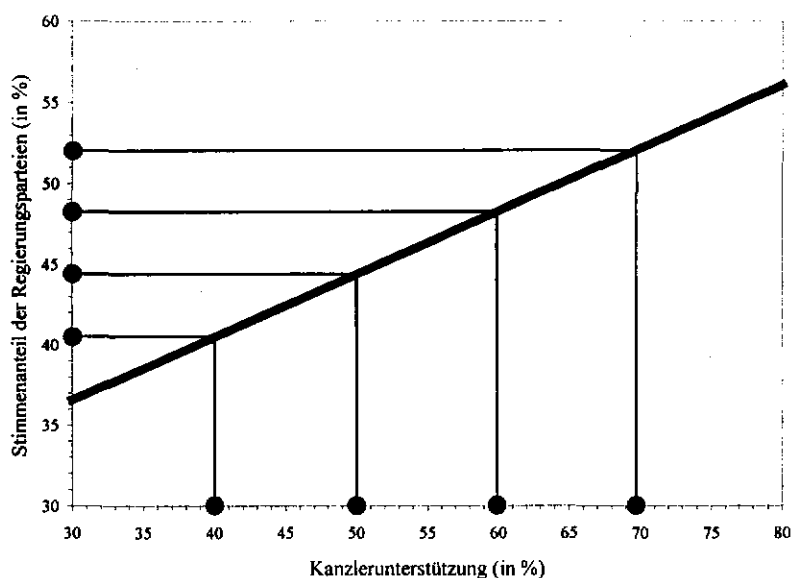
Um überhaupt den Schritt von der Schätzgleichung zur Prognose 2002 machen zu können, müssen wir erst einmal die für die Wahl 2002 erforderlichen Werte der drei Determinanten ermitteln. Zwei davon sind glücklicherweise schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt bekannt. Die Amtsperiode dieser Regierung (AMT) ist offensichtlich die erste, und die langfristige Parteienstärke der Regierungsparteien (PAR) ergibt sich definitionsgemäß aus den letzten drei Wahlen (1990, 1994 und 1998); das läßt sich ohne weiteres mit Einschluß der neuen Länder bewerkstelligen. Unbekannt ist jedoch die Kanzlerunterstützung kurz vor der Wahl. Das liegt in der Natur der Sache. Was kurzfristig eine Wahl beeinflußt, das kann man nicht drei Jahre vorher ermitteln, auch nicht annähernd. Infolgedessen ist es zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, eine präzise Prognose für die nächste Bundestagswahl abzugeben. So kann und darf dieser Beitrag allerdings nicht enden.

Was möglich ist, liegt auf der Hand. Die abzugebende Prognose wird an Bedingungen geknüpft. Immerhin sind wir in der Lage, eine Reihe von Prognosen für die Wahl 2002 vorzulegen, entsprechend hypothetischer Werte für das Ansehen, das

11 Der Prognosefehler ist desto größer, je mehr die Prognosefaktoren von ihren jeweiligen Mittelwerten abweichen.

der Bundeskanzler kurz vor dem Wahltag genießen wird. Das ist kein Spiel, bei dem wir so viele verschiedene Prognosen errechnen, bis am Ende eine stimmt. Die einzige dieser Wahlprognosen, die letztlich zählt, ist diejenige, welche die tatsächlich gemessene Kanzlerunterstützung 2002 in Rechnung stellt. Für eine Reihe von Eckwerten der Kanzlerunterstützung – bei konstanten Werten für langfristige Parteienstärke und Amtsperiode – liefert Schaubild 5 die entsprechenden Prognosen.

Schaubild 5: Modellprognose für die Bundestagswahl 2002
(abhängig vom erwarteten Grad der Kanzlerunterstützung)



Eines können wir klar sagen. Bei einem Zuspruch zu Kanzler Schröder von 70 Prozent prophezeit unser Modell der rot-grünen Koalition einen deutlichen Sieg 2002 mit 52.2 Prozent der Stimmen¹². 60 Prozent Zustimmung zum Kanzler verspricht dieser Regierung einen Anteil von 48.3 Prozent, was zum Sieg im Sinne der parlamentarischen Mehrheit reichen dürfte, solange die Splitterparteien insgesamt weniger als 3.4 Prozent verbuchen. Genießt Schröder gerade 50 Prozent an Zuspruch, so kann die Regierungskoalition nur mit 44.4 Prozent rechnen. Ob das Sieg oder

¹² Dasselbe würde auch für jeden anderen Kanzler dieser Koalition gelten. Falls jedoch die Regierungskoalition selbst durch eine andere Koalition vor der Wahl 2002 ersetzt werden würde, müßte die Prognosegleichung für die entsprechenden Parteien neu berechnet werden.

Niederlage bedeutet, hängt vollauf vom Abschneiden der PDS und der Splitterparteien insgesamt ab. Sinkt die Kanzlerunterstützung erheblich unter 50 Prozent, ist die Niederlage dieser Koalition in der Wahl 2002 besiegelt.

Es mag zu denken geben, daß unsere Prognose im Falle einer Kanzlerunterstützung von 50 Prozent der Regierungskoalition kaum mehr Sieg als Niederlage verspricht. Dabei muß man jedoch beachten, daß unsere Messung der Kanzlerunterstützung den Anteil der Unentschlossenen ausspart, was alle Kanzler populärer erscheinen läßt, als sie es in der Tat sind. Der Preis für diese Popularitätsinflation ist eine gewisse Deflation des Stimmenanteils. Aber es gibt noch einen zweiten – gravierenderen – Grund. Die rot-grüne Koalition wird mit einer nicht sonderlich starken langfristigen Wählerbasis zur Wiederwahl antreten. Gemäß der hier benutzten Definition beläuft sich diese Parteienstärke in der gesamtdeutschen Bevölkerung auf 43.3 Prozent, womit Rot-Grün im langfristigen Bereich um einige Punkte hinter Schwarz-Gelb (48.1 Prozent) her hinkt. Diese Ungleichheit verlangt von Rot-Grün erheblich stärkere Anstrengungen im Kampf um die kurzfristige Wählergunst. Ein Bundeskanzler Schröder wird es 2002 schwerer haben als es ein Bundeskanzler Kohl zu seinen Zeiten hatte. Allerdings braucht er sich nach einer Amtsperiode noch nicht um einen hohen Abnutzungseffekt zu sorgen.

Insgesamt, so der historische Durchschnitt, haben sich amtierende Bundeskanzler vor einer Bundestagswahl auf Zustimmungsraten von etwa 59 Prozent verlassen können. Ein solche Rate dürfte 2002 auch einer rot-grünen Koalition den Sieg versprechen. Kanzler Schröder wird also vergleichsweise kein sonderlich herausragendes Ansehen benötigen, sondern nur eine durchschnittliche Akzeptanz, um seine Regierungskoalition erfolgreich zur Wiederwahl zu führen. Allerdings muß er bedenken, daß laut unseren Daten die Abweichung von diesem Durchschnitt 10 Prozentpunkte beträgt. Die meisten Kanzler bewegten sich entweder weit über oder weit unter diesem Schnitt, so daß in diesem Bereich der Durchschnitt Seltenheitswert besitzt.

8. Schlußbemerkungen

Auch wenn es manchmal so scheint: Wahlprognosen haben mit Wahrsagerei nichts gemein. Der Computerbildschirm, an dem wir unsere Modellprognosen ablesen, ist keine moderne Kristallkugel. Unsere wesentlichen Einsichten verdanken wir vielmehr den Klassikern der Wahlforschung. Ihre Theorien, Hypothesen und Ergebnisse liefern den Stoff, aus dem unser Modell geschneidert ist. Wahlprognosen kommen ohne Magie aus. Man braucht, um die Ergebnisse der nächsten Wahl vorherzusagen, keine übersinnlichen Fähigkeiten. Im Gegenteil, unser Modell kann und soll sogar nachgerechnet werden. Es ist ein offenes Buch, keines mit sieben Siegeln.

Die Transparenz dieses Vorgehens unterscheidet sich von der Praxis der Meinungsforschungsinstitute, die sich verständlicherweise nicht in ihre Karten schauen lassen wollen. Dort stehen Prognosekalkulationen unter dem Schutz eines Betriebsgeheimnisses. Ob und inwieweit diese Berechnungen Erkenntnisse der Wahlforschung systematisch, also etwa in Form eines Modells, verwenden, läßt sich von unserer Seite nicht nachprüfen.

Die in diesem Beitrag vorgelegte Wahlprognose beruht auf einem theoretisch abgesicherten Minimal-Modell. Es konzentriert sich auf die amtierende Parteienkoalition und leitet die Entscheidung am Wahltag für oder wider diese Regierung von drei Komponenten ab: langfristigen Parteibindungen der Wählerschaft, kurzfristiger Zustimmung zur Regierungspolitik und mittelfristiger Abnutzung der amtierenden Regierung. Sowohl zu langfristigen als auch zu kurzfristigen Faktoren gibt es eine überwältigende Fülle an Literatur, deren zentrale Inhalte wir in ein Vorhersagemodell destilliert haben. Soweit uns bekannt ist, handelt es sich dabei um den ersten Versuch dieser Art in der Bundesrepublik.

Die Leistungen des vorgelegten Modells sind ermutigend. Es hat eine Reihe von notwendigen Gütetests gut überstanden. Dennoch werden wir letztlich erst nach einigen zukünftigen Wahlen Gewißheit darüber haben, wie gut unser Modell zur Wahlprognose tatsächlich taugt. Wir freuen uns über jeden Versuch, diesen Beweis zu erbringen.

Jedenfalls können wir unsere Prognose schon einige Zeit vor dem nächsten Wahltag abgeben. Das hat einen gewissen Reiz, steckt aber auch voller Risiko. Bei der Konstruktion von Prognosemodellen gerät man schnell in das Dilemma, zwei sich widersprechende Ziele vereinen zu müssen. Einerseits soll die Prognose natürlich genau das Ergebnis vorhersagen, was nach möglichst aktuellen Informationen verlangt. Die "18-Uhr-Prognose" am Wahlabend, die auf am Wahltag abgegebenen Stimmen beruht, ist ein Beispiel für höchst genaue Vorhersagen.

Andererseits möchte man auch möglichst zeitig Ergebnisse vorhersagen können. Wie früh vor der Wahl können wir mit unserem Modell eine Prognose wagen, deren Genauigkeit uns keine Alpträume beschert? Zwei Modellkomponenten würden eine Prognose für 2002 schon am Tag nach der letzten Wahl des vergangenen Jahrhunderts erlauben. Aber die Unberechenbarkeit der fehlenden Komponente würde schnell einen Strich durch diese Berechnung machen. Unser Modell verdankt seine Präzision der kurzfristigen Komponente, der Popularität des Kanzlers, etwa zwei Monate vor dem Wahltag. Ob spätere Angaben die Präzision erhöhen, bleibt zu ermitteln.

Interessierte Beobachter können allerdings schon heute mittels hypothetischer Popularitätswerte des Bundeskanzlers eine bedingte Prognose erstellen. Eine definitive Vorhersage ist aber erst dann möglich, wenn die Kanzlerunterstützung zu dem entsprechenden Zeitpunkt bekannt ist. Unser Modell ist in dieser Hinsicht sehr anwenderfreundlich. Schon lange vor der nächsten Bundestagswahl sind Prognosen über den Ausgang möglich. Bestehen bleibt die Ungewißheit, welche davon zutrifft; dies hängt aber mehr vom Kanzler ab als von uns.

Literatur

- Bürklin, Wilhelm, und Markus Klein, 1998:* Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes, 1960:* The American Voter. New York: Wiley.
- Campbell, James, und James C. Garand (Hg.), 2000:* Before The Vote. Forecasting American National Elections. Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage Publications.
- Converse, Philip E., 1966:* The Concept of Normal Vote. S. 9-39 in: *Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes (Hg.):* Elections and the Political Order. New York: Wiley.
- Downs, Anthony, 1957:* An Economic Theory of Democracy. New York: Harper & Row.
- Eith, Ulrich, 1997:* Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt: Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflußfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994. Berlin: Duncker und Humblot.
- Falter, Jürgen W., und Hans Rattinger, 1983:* Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse. S. 320-421 in: *Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.):* Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Falter, Jürgen W., und Hans Rattinger, 1997:* Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977-1994. S. 495-513 in: *Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hg.):* Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Feld, Lars P., und Gebhard Kirchgässner, 1998:* Offizielle und verdeckte Arbeitslosigkeit und ihr Einfluß auf die Wahlchancen der Regierung und der Parteien: Eine ökonomische Analyse der Ära Kohl. S. 537-570 in: *Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.):* Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fiorina, Morris, 1981:* Retrospective Voting in American National Elections. New Haven: Yale University Press.
- Frankfurter Rundschau, 25. 7. 1998, S. 28.*
- Fuchs, Dieter, und Steffen Kühnel, 1994:* Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung. S. 305-364 in: *Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.):* Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaack, Heino, 1971:* Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Key, V. O., 1964:* Politics, Parties and Pressure Groups, 5. Auflage. New York: Thomas Y. Crowell.
- Kramer, Gerald, 1971:* Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896-1964, *American Political Science Review* 65: 131-143.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernhard Berelson und Hazel Gaudet, 1944:* The People's Choice. New York: Duell, Sloan and Pearce.
- Lewis-Beck, Michael S., und Tom W. Rice, 1992:* Forecasting Elections. Washington, DC: CQ Press.
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan, 1967:* Party Systems and Voter Alignments, New York: Free Press.

- MacKuen, Michal B., Robert S. Erikson und James A. Stimson*, 1989: Macropartisanship, *American Political Science Review* 84: 1125-1142.
- Norpoth, Helmut*, 1978: Party Identification in West Germany: Tracing an Elusive Concept, *Comparative Political Studies* 11: 36-61.
- Norpoth, Helmut*, 1998: Wählerdynamik und Wahlprognosen: Ein deutsch-amerikanischer Vergleich. S. 645-669 in: *Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann* (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Norpoth, Helmut, und Christian Goergen*, 1990: Regierungspopularität auf Kredit: Wirtschaftsbilanz, Wende und Wählerwille. S. 345-376 in: *Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann* (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Norpoth, Helmut, Michael S. Lewis-Beck und Jean Dominique Lafay* (Hg.), 1991: *Economics and Politics. The Calculus of Support*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Paldam, Martin*, 1991: How Robust is the Vote Function? A Study of Seventeen Nations over Four Decades: S. 9-31 in: *Helmut Norpoth, Michael S. Lewis-Beck und Jean Dominique Lafay* (Hg.): *Economics and Politics. The Calculus of Support*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Pappi, Franz Urban*, 1990: Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel. S. 15-30 in: *Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann* (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rattinger, Hans*, 1983: Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotential: Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1980. S. 257-317 in: *Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann* (Hg.): *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rattinger, Hans*, 1991: Unemployment and Elections in West Germany. S. 49-62 in: *Helmut Norpoth, Michael S. Lewis-Beck und Jean Dominique Lafay* (Hg.): *Economics and Politics. The Calculus of Support*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Rattinger, Hans*, 1994: Parteienidentifikation in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung. S. 77-104 in: *Oskar Niedermayer und Klaus von Beyme* (Hg.): *Politische Kultur im vereinten Deutschland*. Berlin: Akademie Verlag.
- Tufte, Edward R.*, 1978: *Political Control of the Economy*. Princeton: Princeton University Press.